

Feministische Friedensförderung im Jahr 2025: Eine Anmerkung der Autorin Barbara Mittelhammer

THINKPEACE
#4

Kurz und Knapp

- Jahrzehntelange Forschung zeigt, dass die Einbeziehung von Frauen, Zivilgesellschaft und marginalisierten Gruppen zu nachhaltigerem Frieden führt. Dennoch hat es in den vergangenen 25 Jahren der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit kaum Fortschritte in dieser Hinsicht gegeben.
- Feministische Perspektiven zu Frieden und Sicherheit bieten strategische Orientierung für die heutigen Krisen, indem sie auf jahrzehntelangen Erfahrungen aufbauen und sowohl aus Erfolgen als auch aus Grenzen lernen.
- Der wachsende Widerstand gegen feministische Friedens- und Sicherheitsagenden richtet sich nicht nur gegen die Beteiligung von Frauen, sondern zielt darauf ab struktureller Veränderungen zu blockieren und eine Sicherheitslogik zu stärken, die militärische Lösungen priorisiert und Prävention, Diplomatie und menschliche Sicherheit ins Abseits stellt.
- Der Abbau feministischer außenpolitischer Verpflichtungen fügt sich ein in allgemeine demokratische Rückschritte, da antifeministische Bewegungen die Förderung geschlechtertransformativer Politik untergraben, während die Militarisierung Mittel von Friedensförderung und Menschenrechtsarbeit beansprucht.
- Um Verpflichtungen zu Geschlechtergerechtigkeit und feministische Friedensförderung voranzutreiben, bedarf es doppelter Strategien, die feministische Graswurzel-Bewegungen mit institutionellem Druck verknüpfen, und starke Netzwerke zur Rechenschaftslegung, kritische Selbstreflexion sowie Austausch mit feministischen Initiativen des Global Majority-Kontext verbinden.

Im Jahr 2025 jährte sich die Agenda der Vereinten Nationen für Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS) zum 25. Mal, und die Erklärung und Aktionsplattform von Peking wurde 30 Jahre alt. Dennoch gab es wenig Grund zum Feiern. Zwar hat die Forschung immer wieder bewiesen, dass die Einbeziehung von Frauen, der Zivilgesellschaft und marginalisierten Perspektiven in Friedens- und Sicherheitsansätze zu friedlicheren und widerstandsfähigeren Gesellschaften führt, doch → im vergangenen Jahr stellten Frauen weltweit nur 7 % der Verhandlungsführenden in formellen Friedensprozessen. Und die Zahlen haben sich → im Vergleich zu früheren Jahren nicht wesentlich verändert. Dies geschieht in einem globalen Kontext der → höchsten Zahl gewaltsamer Konflikte seit dem Zweiten Weltkrieg, welche die internationale Gemeinschaft scheinbar weder in der Lage ist zu verhindern noch zu beenden.

Doch der Boden für feministische Ansätze für Frieden und Sicherheit bröckelt. In einem politischen Klima, → das einer evidenzbasierten Politikgestaltung zunehmend ablehnend gegenübersteht, haben es selbst instrumentelle Argumente für eine geschlechtertransformierende Politik schwer, an Boden zu gewinnen. Anstatt auf Fortschritte hinzuwirken, werden Frauen- und Menschenrechtsnormen, die zuvor als fest etabliert galten, untergraben oder zurückgedreht, selbst solche, die rechtlich verankert sind. Das Jahr 2025 markiert das abrupte Ende feministischer Außenpolitik in Deutschland, und mit den Bundeshaushalten für 2025 und 2026 reiht sich Deutschland in einen EU-weiten und globalen Trend ein, menschliche Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zu Gunsten erhöhter Militärausgaben zu beschneiden. Die angekündigte → Umstrukturierung des Auswärtigen Amtes unterstreicht eine Geopolitisierung der Außenpolitik auf Kosten menschlicher Sicherheit. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem Deutschlands → »Softpower« bereits stark beschädigt ist, durch die → eklatante Kluft zwischen proklamiertem Engagement für Menschenrechte und internationales Recht und der unerschütterlichen Unterstützung Israels angesichts schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen in Gaza und der Region.

Feministische Perspektiven bieten strategische Orientierung, um diesen Dynamiken entgegenzuwirken. Der Weg nach vorne erfordert das, was Phumzile Mlambo-Ngcuka, ehemalige Untergeneralsekretärin der Vereinten Nationen und Exekutivdirektorin von UN Women, kürzlich als einen »großen Wurf« für die feministische Friedensförderung bezeichnet hat; einen Wurf, der sowohl aus den Erfolgen als auch aus den Grenzen des letzten Vierteljahrhunderts lernt. Das letzte ThinkPeace dieses Jahres stellt drei Beobachtungen und drei strategische Implikationen vor, die zu einem notwendigen feministischen Umdenken beitragen können.

Drei Beobachtungen zur aktuellen Konjunktur

Das Machtparadox: Frauen- und Menschenrechtsaktivist:innen sowie feministische Organisationen und Friedensbilder:innen in Konflikten und fragilen Situationen sind oft das Aushängeschild für die Umsetzung von WPS, bleiben aber von formellen Prozessen häufig ausgeschlossen. Dies ist ein durchgängiges Muster: Feministische Basisinitiativen spielen eine entscheidende Rolle, doch ihre Einbeziehung in politische Friedensprozesse beschränkt sich häufig als Formalität am Rande oder auf nachträgliche Überlegungen. Ein Beispiel dafür ist das UN Syrian Women Advisory Board, das mit Zugang zu höchsten Ebenen und internationaler Sichtbarkeit ausgestattet wurde, eingerichtet um den UN-Sondergesandten zu beraten. Es blieb aber auf eine beratende Rolle beschränkt, ohne Agendasetzungsmacht oder formellen Status bei den Genfer Verhandlungen. Je näher feministische Friedensarbeit einer echten Machtumverteilung kommt, desto heftiger wird der Widerstand. Wenn Frauen und marginalisierte Akteure eingeladen werden, sich an den Verhandlungstisch zu setzen – im übertragenen oder wörtlichen Sinne –, erhalten sie die Einladung in den meisten Fällen erst spät im Verlauf des Prozesses und sind nur dazu da, die Plätze zu füllen, nicht aber, um über die Tagesordnung zu entscheiden. Daher werden 25 Jahre nach der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats feministisches Fachwissen, Handlungsfähigkeit und gelebte Realitäten

weiterhin auf eine Geschichte reduziert, die man ignorieren kann, statt auf Perspektiven, die strukturell integriert sind und wirklich zählen. Damit eine Perspektive wirklich zählt, wie die feministische Pionierin Cynthia Enloe argumentiert, ↪ müsste sie Auswirkungen darauf haben, wie wir denken, handeln und (Außen)politik betreiben. Letztendlich geht es bei diesem Widerstand damit nicht nur um die Beteiligung von Frauen, sondern die Veränderung von Strukturen, die Konflikt perpetuieren. Dies wird durch den Ausschluss feministischer Perspektiven aus den aktuellen Debatten über Militärausgaben und Wehrpflicht in Deutschland deutlich. Dieser Ausschluss verkürzt feministische Analyse. ↪ Feministische Perspektiven stehen nicht zwangsläufig im Widerspruch zum Verteidigungsbedürfnis, insbesondere in Solidarität mit angegriffenen oder gefährdeten Verbündeten, wie es nach dem russischen Großangriff der Ukraine im Februar 2022 der Fall war.

Feministische Kritik ist nicht per se verteidigungsfeindlich, sondern antimilitaristisch. So stellt sie die Logik in Frage, die militärische Kapazitäten als die »wirkliche« Sicherheit betrachtet, während Prävention, Diplomatie und menschliche Sicherheit als zweitrangig oder entbehrlich behandelt werden. Diese Hierarchie – das Militär an erster Stelle, alles andere an zweiter Stelle – erhält nur die Bedingungen aufrecht, die Konflikte und Unsicherheit überhaupt erst entstehen lassen.

Die Innen-Außen-Spannung: Es gibt ein berühmtes Sprichwort: »Wenn man dir keinen Platz am Tisch gibt, baue dir deinen eigenen.« Und in der Tat findet inspirierende feministische Friedensarbeit und Widerstand außerhalb der formalen Institutionen statt, von der Ukraine bis zum Sudan und anderen Kontexten, wo zivilgesellschaftliche Netzwerke trotz oder gegen staatliche Strukturen gegen Gewalt- und Konfliktmuster vorgehen. Dies schlägt sich jedoch selten in strukturellem politischem Handeln nieder. Im Gegenteil, Ansätze, die sich auf das »Dealmaking« durch starke Männer und die Logik von »Macht schafft Recht« konzentrieren, gewinnen an Boden gegenüber der Rechtsstaatlichkeit, während internationale Akteure, einschließlich der EU und der UN, zunehmend die Gleichstellungsverpflichtungen, für die sie früher eingetreten sind, in Frage stellen und zurücknehmen. Es besteht also ein starkes Spannungsverhältnis zwischen feministischem Friedensaktivismus außerhalb der formalen Strukturen und der Gegenreaktion innerhalb dieser Strukturen. Dennoch braucht feministische Friedensarbeit Engagement auf beiden Ebenen. Institutionelle Arbeit aufzugeben ist kein gangbarer Weg, und ↪ die Forschung unterstreicht, dass nur die kombinierten Anstrengungen von Friedensaktivist:innen vor Ort und internationalen Institutionen eine effektive und nachhaltige Friedensperspektive versprechen. Es sind doppelte Strategien erforderlich, die die Dynamik an der Basis nutzen und gleichzeitig die institutionellen Druckpunkte aufrechterhalten.

Eine doppelte Bedrohung: Zwei Kontextfaktoren konvergieren in einer Weise, die ihre Einzelwirkungen verstärkt: der antifeministische Pushback und die zunehmende Militarisierung. Zum ersten Faktor verdeckt der Umgang mit antifeministischen Pushback als reinem »Frauenthema« seine umfassenderen Auswirkungen auf die Demokratie. Diese gut organisierte, global vernetzte und finanziell gut ausgestattete Bewegung treibt strategisch eine geschlechterfeindliche Agenda voran und gewinnt in der EU und den Mitgliedstaaten sowie im öffentlichen und politischen Raum an Boden. ↪ Aktuelle Forschungen hat die (geo-)politischen Interessen offengelegt, die die Reichweite dieser Bewegung begünstigen, und deren politische Auswirkungen sich in konkreten politischen und rechtlichen Rückschritten niederschlagen. Rechtspopulismus und antifeministische Agenden haben mehr gemeinsam als nur den Zeitpunkt der Wahlen: Beide lehnen multilaterale Rahmenwerke ab und betrachten die Gleichstellung der Geschlechter als ein von oben aufgezwungenes Elitenprojekt. Der Rückbau feministischer außenpolitischer Verpflichtungen fügt sich somit in ein breiteres Muster demokratischer Rückschritte ein, bei denen etablierte Normen – von Klimavereinbarungen bis hin zum Menschenrechtsschutz – systematischem Gegenwind ausgesetzt sind. Dies konvergiert mit dem zweiten Faktor, der zunehmenden Militarisierung. Die weltweiten Militärausgaben ↪ stiegen bis 2024 um 9 % und erreichten damit den

höchsten Stand seit dem Kalten Krieg. Gleichzeitig bleibt die die WPS-Agenda ↔ deutlich unterfinanziert, sowohl was Schutz als auch Prävention betrifft. Dies geschieht zu einer Zeit, in der friedliche Mittel zur ↔ Konfliktprävention oder Lösung, und humanitäre Hilfe – auch für eine historische Anzahl von Menschen, die von Krieg und Konflikten betroffen sind – drastisch gekürzt werden. Der verstärkende Effekt ist klar: Während antifeministische Bewegungen den politischen Willen für eine geschlechtertransformative Politik aushöhlen, lenkt die Militarisierung die Finanzierung um – und lässt die feministische Friedensförderung an beiden Fronten geschwächt zurück.

Strategische Implikationen

Aus diesen Beobachtungen leiten sich eine Reihe strategischer Überlegungen für feministische Arbeit im gegenwärtigen Umfeld ab.

Erstens: Die Logik »Sicherheit zuerst, Frauen- und Menschenrechte an zweiter Stelle« reproduziert dieselbe Dynamik, die stets gescheitert ist. Bei dieser Hierarchie handelt es sich nicht um eine neutrale Reihenfolge. Stattdessen produziert eine politische Entscheidung, die den Symptomen Vorrang vor Ursachen, und kurzfristiger Eindämmung vor langfristiger Veränderung einräumt. Der gegenwärtige Moment ist verständlicherweise von Dringlichkeit und Ressourcenknappheit geprägt. Doch kurzfristige Antworten, welche langfristige strukturelle Arbeit außer Acht lassen, produzieren nächste Krisen, anstatt die aktuelle zu lösen. Die Zeit für eine Kurskorrektur ist jetzt, insbesondere angesichts der Erosion des Systems internationalen Entwicklungs- und Zusammenarbeit, einschließlich der Unterstützung von Zivilgesellschaft und Demokratieförderung, nicht zuletzt ↔ nach dem ersten Jahr der zweiten Amtszeit von Präsident Trump.

Zweitens: Feministische Außenpolitik als analytischer Rahmen und politische Praxis verschwindet nicht. Sie ist weltweit eine ↔ lebendige Bewegung – auch wenn sich viele westliche Regierungen zurückziehen. Eine engere Verbindung zu ↔ feministischen Initiativen aus dem Global Majority-Kontext bietet die Chance, von deren innovativen, oft umfassenderen und geschlechtertransformierenden Ansätzen zu lernen. Dies verlangt auch kritische Selbstreflexion, denn nicht nur die deutsche Regierung hat in den vergangenen zwei Jahren das Vertrauen feministischer und menschenrechtlicher Netzwerke weltweit verloren, sondern auch ein breiteres Spektrum politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure, weitgehend aufgrund ihrer ausbleibenden Haltung in Reaktion auf Entwicklungen und den Genozid in Gaza.

Drittens: Da es bei der feministischen Friedensarbeit zunehmend darum geht, Errungenschaften zu verteidigen, wird die Markierung roter Linien entscheidend. Wichtig ist, dass sich die Narrative in Bezug auf die Geschlechterfrage zwar verschieben, politische und rechtliche Verpflichtungen jedoch sehr wohl bestehen bleiben. Die Stärkung von Rechenschaftssystemen durch divers-besetzte Netzwerke kritischer Expert:innen, zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Gerichten kann ein Element sein, um die weitere Aushöhlung feministischer/WPS-Verpflichtungen zu verhindern.

Um zu verhindern, dass Verpflichtungen zur Gleichstellung der Geschlechter systematisch abgebaut werden, bedarf es nicht nur Beharrlichkeit, sondern auch strategischer Kreativität, globaler Solidarität und eines unerschütterlichen Engagements für den strukturellen Wandel, auf den feministische Ansätze immer gedrängt haben. Das schwedische Beispiel mit dem Plan der Opposition, im Falle einer Wiederwahl feministische Außenpolitik wieder einzuführen, gibt einen Einblick, wie politische Akteure diese Verpflichtungen auch in schwierigen Momenten weiter unterstützen können.